



## **BEKANNTMACHUNG**

### **Planfeststellungsverfahren für den vierstreifigen Ausbau der Europastraße 233 (E 233) (B 402/ 213/ 72) von der Kreisgrenze Emsland/ Cloppenburg bis östlich von Lönningen von Bau-km 400+000 bis 410+185, Erste Auslegung**

Der regionale Geschäftsbereich Lingen der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV – rGB Lingen), Lukaskamp 9, 49809 Lingen (Vorhabenträgerin), hat für die Zulassung des oben genannten Vorhabens die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach dem Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in Verbindung mit den §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG, in der Fassung vom 25.06.2021, BGBl. I S. 2154) bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Dezernat 41 Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover (NLStBV) beantragt. Mit Verfügung vom 09.09.2025 wurde das Projekt E 233 zum 01.10.2025 aus dem Projektbereich Lingen/ Osnabrück in den rGB Osnabrück (Vorhabenträgerin) ausgegliedert und wird dort als eigener Sonderprojektbereich weitergeführt.

Das geplante Gesamtvorhaben der E 233 bildet eine zusätzliche Ost-West-Verbindung parallel zur nördlich gelegenen Bundesautobahn A 28 und der südlich gelegenen Bundesautobahn A 30. Die vorliegende Planung umfasst den Ausbau der E 233 im Planungsabschnitt 4 (PA 4). Die Baustrecke beginnt westlich am Planungsabschnittes (PA) 3 an der Kreisgrenze des Landkreises Emsland/Cloppenburg bei Bau-km 400+000 und endet östlich von Lönningen bei Bau-km 410+185. Die Gesamtlänge des PA 4 beträgt ca. 10,185 km und sieht insgesamt zwei Knotenpunkte (AS 09 bei der K 163 und AS 10 bei der B 213) vor. Es handelt es sich weitestgehend um einen Neubau der E 233 bis zu 1 km nördlich der bestehenden Bundesstraße (B) B 213 und wird nach der nördlichen Ortslage Lönningen wieder auf die Bestandstrasse geführt. Der Trassenverlauf liegt auf dem Gebiet der Stadt Lönningen. Die Verkehrswirksamkeit entsteht ausschließlich im Zusammenhang mit dem östlich angrenzenden PA 4, da der PA 3 in nördlicher Abrückung von der Bestandstrasse endet, sodass Anschluss an das weiterführende Straßennetz erst mit Bau des PA 4 besteht.

Für das Vorhaben besteht nach § 6 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i. V. m. Anlage 1, Nr. 14.5 (Bau einer vier- oder mehrstreifigen Bundesstraße und/oder Ausbau einer bestehenden Bundesstraße) der Liste uvp-pflichtiger Vorhaben (Anlage 1 zum UVPG) die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach den Bestimmungen des UVPG.

Die Vorhabenträgerin beantragte bei der NLStBV nun die Einleitung und Durchführung des Planfeststellungsverfahrens.

Für das Vorhaben werden größtenteils Grundstücke in der Gemarkungen Loeningen beansprucht. Außerdem werden kleinflächig Grundstücke in den Gemarkungen Lindern, Molbergen und Markhausen beansprucht.

Die vorliegenden Planunterlagen enthalten:

- Unterlage 1 Erläuterungsbericht mit UVP - Bericht
- Unterlage 2 Übersichtskarte
- Unterlage 3 Übersichtslagepläne
- Unterlage 4 Übersichtshöhenpläne
- Unterlage 5 Lagepläne
- Unterlage 6 Höhenpläne
- Unterlage 7 Lagepläne der Immissionsschutzmaßnahmen

- Unterlage 9 Landschaftspflegerische Maßnahmen
  - 9.1 Maßnahmenübersichtkarte
  - 9.2 Maßnahmenübersichtspläne
  - 9.3 Maßnahmenpläne der landschaftspflegerischen Maßnahmen
  - 9.4 Maßnahmenblätter
  - 9.5 Gegenüberstellung von Eingriff und Kompensation
- Unterlage 10 Grunderwerb
  - 10.1 Grunderwerbspläne
  - 10.2 Grunderwerbsverzeichnis (anonymisiert)
- Unterlage 11 Regelungsverzeichnis
- Unterlage 12 Widmung/Umfstufung/Einziehung
- Unterlage 14 Straßenquerschnitte
  - 14.1 Ermittlung der Belastungsklassen
  - 14.2 Straßenquerschnitte
- Unterlage 16 Sonstige Pläne
- Unterlage 17 Immissionstechnische Untersuchungen
  - 17.1 Schalltechnische Untersuchungen
  - 17.2 Luftschadstofftechnische Untersuchungen
- Unterlage 18 Wassertechnische Untersuchungen
  - 18.1 Wassertechnischer Fachbeitrag
  - 18.2 Planunterlagen
- Unterlage 19 Umweltfachliche Untersuchungen
  - 19.1 Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP)
  - 19.2 Artenschutzfachbeitrag
  - 19.3 Faunistische Gutachten
  - 19.4 FFH-Verträglichkeitsprüfungen
  - 19.5 Umweltverträglichkeitsstudie (UVS)
  - 19.6 Vernetzungskonzept
  - 19.7 Plausibilisierung der Kartierdaten
- Unterlage 21 Sonstige Gutachten
  - 21.1 Vorausschau Gesamtgenehmigungsfähigkeit
  - 21.2 Variantenuntersuchung
  - 21.3 Betrachtung großräumige Alternativen
  - 21.4 Bestandstrasse u. konfliktarme Korridore
  - 21.5 kumulierte Betrachtung stofflicher Nachweis für FB-WRRL
  - 21.6 kumulierter Chlorideintrag OWK für FFH-Gebiete
  - 21.7 Verkehrswirtschaftliche Untersuchung
  - 21.8 Rastanlagen Standortermittlung mit Standortvorschlag
  - 21.9 Anschlussstellenkonzept
  - 21.10 Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie
  - 21.11 Landwirtschaftliche Belange
  - 21.12 THG Gesamtemissionen Verkehr

Mit dem Vorhaben ist sind erlaubnispflichtige Benutzungen von Gewässern (Einleitungen) verbunden. Über deren Gestattung entscheidet die Planfeststellungsbehörde im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Zulassung des Vorhabens im Planfeststellungsbeschluss oder durch gesonderten Bescheid. Die Entscheidung wird im Einvernehmen mit der zuständigen unteren Wasserbehörde getroffen.

Die o. g. Planunterlagen werden in der Zeit vom

**23.10.2025 bis zum 22.11.2025 (einschließlich)**

auf der Internetseite der NLStBV

<https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>

(Alternativ über <https://www.strassenbau.niedersachsen.de/startseite/> und dort unter der Rubrik Aufgaben > Planfeststellung > Auslegungen / Online-Konsultationen)

unter dem Titel „E 233 -Vierstreifiger Ausbau der E 233 PA 4 von der Kreisgrenze Emsland/ Cloppenburg bis östlich Lönningen“

elektronisch veröffentlicht. Durch diese Veröffentlichung wird nach § 17a Abs. 3 Satz 1 FStrG die Auslegung des Plans und der Unterlagen nach § 19 Abs. 2 UVPG bewirkt.

Daneben kann der Plan während der Beteiligung auf Verlangen eines Beteiligten auf einem USB-Stick übermittelt werden (§ 17a Abs. 3 Satz 2 FStrG). Der Antrag ist während der Dauer der Beteiligung schriftlich an die NLStBV, Dezernat 41 Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover oder per E-Mail ([poststelle@nlstbv.niedersachsen.de](mailto:poststelle@nlstbv.niedersachsen.de)) unter Angabe der vollständigen Kontaktdaten zu richten. Die unten genannte Äußerungsfrist verlängert sich dadurch nicht.

Der Inhalt dieser Bekanntmachung und die nach § 19 Abs. 2 UVPG auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auch über das zentrale UVP-Portal (<https://uvp-verbund.de/>) zugänglich.

**1. Betroffene können bis spätestens zum 12.01.2026 (einschließlich) bei der NLStBV, Dezernat 41 Planfeststellung, Einwendungen gegen den Plan erheben.** Maßgeblich ist der Eingang bei der NLStBV, Dezernat 41.

Die Einwendungen sind gemäß § 17a Abs. 4 und 7 FStrG über einen der folgenden Wege an die NLStBV (Anhörungsbehörde) zu richten:

- Elektronisch per Onlineformular auf der Internetseite der NLStBV unter <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>, wo auch die Planunterlagen eingesehen werden können oder
- Schriftlich (eigenhändig unterschrieben) an die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Dezernat 41 Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover. Es wird darauf hingewiesen, dass keine Eingangsbestätigung erfolgt.

Die Einwendungen müssen den geltend gemachten Belang und das Maß der Beeinträchtigung erkennen lassen. Sie müssen Namen und eine vollständige, zustellungsfähige Anschrift der Einwendenden enthalten.

**Nach Ablauf der Einwendungsfrist sind Einwendungen gegen den Plan für das Planfeststellungsverfahren (Verwaltungsverfahren) ausgeschlossen, soweit diese nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 73 Abs. 4 Satz 3 VwVfG, § 21 Abs. 4 Satz 1 UVPG). Dies gilt auch für Einwendungen und Stellungnahmen der anerkannten Vereinigungen.**

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner mit Namen und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner zu bezeichnen. Anderenfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben.

Anträge, die sich auf die Benutzung von Gewässern richten und sich mit einer der für die Durchführung des Vorhabens beantragten Gewässerbenutzungen ausschließen, werden nach Ablauf der vorgenannten, für Einwendungen bestimmten Frist nicht berücksichtigt (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 lit. c i.V.m. § 4 Satz 2 Niedersächsisches Wassergesetz - NWG).

Einwendungen wegen nachteiliger Einwirkungen der mit dem Vorhaben verbundenen Gewässerbenutzungen auf Rechte Dritter können später nur geltend gemacht werden, soweit der Betroffene nachteilige Wirkungen bis zum Ablauf der vorgenannten Frist nicht voraussehen konnte (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 lit. c NWG i.V.m. § 14 Abs. 6 Wasserhaushaltsgesetz - WHG).

2. Diese Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 Satz 5 VwVfG von der Veröffentlichung des Plans und der nach § 19 Abs. 2 UVPG auszulegenden Unterlagen. Ihnen wird durch die Veröffentlichung der Planunterlagen Einsicht in die einschlägigen (die dem Plan zu Grunde gelegten) Sachverständigengutachten mit der Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

3. Soweit die Anhörungsbehörde nicht auf eine Erörterung nach § 73 Abs. 6 VwVfG i.V.m. § 18 Abs. 1 Satz 4 UVPG verzichtet (§ 17a Abs. 5 FStrG), werden die rechtzeitig erhobenen Einwendungen und Stellungnahmen in einem Termin erörtert, der mindestens eine Woche vorher ortsüblich und auf der Internetseite der Anhörungsbehörde bekannt gemacht wird. Ferner werden diejenigen, die Einwendungen erhoben haben bzw. bei gleichförmigen Einwendungen wird der Vertreter, von dem Termin gesondert benachrichtigt (§ 17 VwVfG).

Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden (§ 73 Abs. 6 Satz 4 VwVfG i.V.m. § 18 Abs. 1 Satz 4 UVPG).

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit Abschluss des Erörterungstermins beendet.

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

4. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

5. Entschädigungsansprüche werden, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt (vgl. §§ 19, 19a FStrG).

6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde (NLStBV, Dezernat 41 Planfeststellung) entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) erfolgt durch Veröffentlichung auf der Internetseite der NLStBV unter <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview> (§ 17b Abs. 3 Satz 1 und 2 und § 24 Abs. 16 FStrG i.V.m. § 74 Abs. 4 und 5 VwVfG, § 27 Abs. 1 Satz 1 UVPG). Zusätzlich wird u. a. der verfügende Teil des Planfeststellungsbeschlusses in örtlichen Tageszeitungen bekanntgemacht.

7. Vom Beginn der Veröffentlichung der Pläne treten die Beschränkungen nach § 9 FStrG und die Veränderungssperre nach § 9a FStrG für von der Planung betroffene Flächen in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger der Straßenbaulast ein Vorkaufsrecht an den betroffenen Flächen zu (§ 9a Abs. 6 FStrG).

8. Da das Vorhaben UVP-pflichtig ist, wird darauf hingewiesen, dass

- die für das Verfahren zuständige Behörde und für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde die NLStBV, Dezernat 41 Planfeststellung ist,
- über die Zulässigkeit des Vorhabens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird,
- mit den ausgelegten Planunterlagen ein UVP-Bericht nach § 16 UVPG vorgelegt wurde,
- über die Planunterlagen hinaus keine entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen der Behörde vorliegen bzw. die ausgelegten Planunterlagen die nach § 19 Abs. 2 UVPG notwendigen Angaben enthalten und
- die Anhörung zu den veröffentlichten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 18 UVPG ist.

9. Es wird darauf hingewiesen, dass die Vorhabenträgerin nach § 17 Abs. 2 FStrG die Möglichkeit hat, eine vorläufige Anordnung zu beantragen, in der vorbereitende Maßnahmen oder Teilmaßnahmen zum Bau oder zur Änderung festgesetzt werden.

10. Hinweis zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO):

Aufgrund der seit dem 25.05.2018 anwendbaren DSGVO wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit in dem o. g. Planfeststellungsverfahren die erhobenen Einwendungen und darin mitgeteilten personenbezogenen Daten ausschließlich für das Planfeststellungsverfahren von der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde (Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover) erhoben, gespeichert und verarbeitet werden. Die persönlichen Daten werden benötigt, um die Betroffenheit beurteilen zu können. Sie werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Die Daten können an die Vorhabenträgerin und ihre mitarbeitenden Büros zur Auswertung der Äußerungen weitergegeben werden. Insoweit handelt es sich um eine erforderliche und somit rechtmäßige Verarbeitung aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung gemäß Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 c) DSGVO. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie auf unserer Internetseite <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>. Es wird darauf hingewiesen, dass die Kommunikation per einfacher E-Mail nicht gesichert und daher für die Übermittlung sensibler Daten (insbesondere personenbezogene Daten nach Artikel 9 Abs. 1 DSGVO) nicht geeignet ist. Für die Übermittlung sensibler personenbezogener Daten steht der Postweg zur Verfügung.

Hannover, 16. Oktober 2025

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr  
Dezernat 41 Planfeststellung (Az.: 4148-301027-2-12/E 233 PA 4)  
Im Auftrage

gez. Finke